

Potsdam, 12. Februar 2020

Staatskanzlei

Der Regierungssprecher

BASF-Entscheidung für Schwarzheide: Schlüsselinvestition für Brandenburg, für klimaneutrale Mobilität und die Zukunft des Automobilstandorts Deutschlands

**Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit und Energie**

Pressestelle

Der internationale Chemiekonzern **BASF** will am brandenburgischen Standort **Schwarzheide (Landkreis Oberspreewald-Lausitz)** eine Anlage zur Produktion von **Batterie-Kathodenmaterialien** für jährlich rund **400.000 Elektroautos** aufbauen. Das hat das Unternehmen heute bekannt gegeben. Diese Entscheidung wird von **Ministerpräsident Dietmar Woidke, Wirtschaftsminister Jörg Steinbach** und **Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier** einhellig begrüßt.

BASF zufolge soll die Anlage in Schwarzheide Vorprodukte aus der bereits angekündigten **BASF-Anlage in Harjavalta/Finnland** verwenden. Beide Anlagen sollen im Jahr **2022 in Betrieb gehen**. Eine Förderung durch den Bund im Rahmen des ersten gemeinsamen europäischen Projekts zur Batteriezellfertigung (**IPCEI**) und durch das Land Brandenburg ist vorgesehen.

Ministerpräsident **Dietmar Woidke**: "Wir haben intensiv für diese starke Ansiedlung bei **BASF** gearbeitet. Danke allen, die daran mitgewirkt haben, darunter unserer Wirtschaftsförderung **WFBB**. Ich freue mich, dass es jetzt **entscheidend vorangeht** und mein Besuch von Anfang 2019 gemeinsam mit Wirtschaftsminister **Jörg Steinbach** in der **BASF-Konzernzentrale** in Ludwigshafen offensichtlich Früchte trägt. Gerade in diesen Tagen, in denen das Bundeskabinett das **Kohle-Ausstiegsgesetz** beschlossen hat, ist das für Brandenburg und insbesondere die Lausitz eine sehr gute Nachricht. Das ist ein **entscheidender Beitrag, um Industriearbeitsplätze** in der Region zu sichern und neue zu schaffen. Zugleich unterstreicht sie unseren Weg zu **klimaneutraler Mobilität**. Mit **Tesla** und **BASF** greifen zwei Räder ineinander".

Wirtschaftsminister **Jörg Steinbach**: „Mit dieser Investition wird die **industrielle Basis der Lausitz** gefestigt und die Region gewinnt damit auch einen Technologievorsprung. Das stärkt den Standort Brandenburg insgesamt. Damit beginnt das neue Jahr so, wie das alte aufgehört hat - mit der spektakulären Entscheidung eines

internationalen Konzerns für den Wirtschaftsstandort Brandenburg. Im 30. Jahr der Deutschen Einheit präsentiert sich die Wirtschaft in Brandenburg so robust wie noch nie. Das macht Mut und **gibt Rückenwind** für die Aufgaben, die noch vor uns liegen.“

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier: „Die Investitionsentscheidung von BASF in Schwarzheide in Brandenburg ist ein **starkes Signal für die Region** und für die Zukunft des **Automobilstandorts Deutschland**. Der Aufbau einer innovativen Kathodenfertigung von BASF in Schwarzheide ist Teil unseres ersten gemeinsamen **europäischen Projekts zur Batteriezellfertigung**. Wir wollen die qualitativ besten und nachhaltigsten Batterien in Deutschland und Europa bauen. Ich bin überzeugt, dass innovative Kathodenmaterialien des Standorts Schwarzheide maßgeblich dazu beitragen werden, die Leistungsfähigkeit von Batteriezellen zu steigern.“

Die **Wirtschaftsförderung Brandenburg** (WFBB) hat die Landesregierung über fast zwei Jahre beim erfolgreichen Werben um dieses wichtige Ansiedlungsprojekt unterstützt. Am Ende ist es Brandenburg gemeinsam mit den Verantwortlichen in Schwarzheide gelungen, mit den Standortvorteilen des Ortes erfolgreich zu punkten. Im größten Chemiewerk Brandenburgs sind derzeit rund 3.500 Menschen beschäftigt.

Das Projekt von BASF in Schwarzheide ist Teil des ersten gemeinsamen **europäischen Projekts zur Batteriezellfertigung** (sog. IPCEI-Projekt: Important Projects of Common European Interest), welches das Bundeswirtschaftsministerium im vergangenen Jahr zusammen mit anderen europäischen Ländern und der EU-Kommission initiiert hat. Die Europäische Kommission hatte das erste europäische Projekt zur Batteriezellfertigung am 9. Dezember 2019 beihilferechtlich genehmigt. Insgesamt sind fünf Unternehmen aus Deutschland und Unternehmen aus sechs weiteren Mitgliedstaaten Teil dieses gemeinsamen Projekts. Die deutschen Unternehmen im ersten IPCEI sind **BASF, BMW, Opel, Umicore und Varta**. Die weiteren Mitgliedstaaten der EU sind Frankreich, Belgien, Finnland, Italien, Polen und Schweden.